

Starke Kommunen, starker Sport

KOMMUNEN IN NOT | Die deutschen Städte und Gemeinden investieren jährlich Milliarden in den Sport. Doch die zunehmend leeren Kassen beeinträchtigen immer öfter auch die Arbeit der Sportvereine – mit weit reichenden Folgen

VON Petra Welzel

Haltungsschäden, Übergewicht, Koordinationsschwierigkeiten, keine Ausdauer – um Kinder und Jugendliche muss man sich Sorgen machen. Gäbe es in Deutschland nicht 91 000 Sportvereine, würde die Zahl von rund zwei Millionen Kindern mit gravierenden Problemen sehr wahrscheinlich noch höher ausfallen. Der Sport und das Vereinswesen fördern Gesundheit und Gemeinschaft. Und die deutschen Kommunen lassen sich das was kosten: Von 3,9 Milliarden Euro, die hierzulande jährlich in den Sport investiert werden, bringen allein die Kommunen 3,1 Milliarden auf.

Nur, um die Finanzen sehr vieler Kommunen in Deutschland steht es nicht gut. Defizite in zweistelliger Milliardenhöhe, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und weiter steigende Sozialausgaben lassen etliche Kommunen kapitulieren. In Nordrhein-Westfalen haben 139 Kommunen, das ist jede dritte Stadt, bereits einen Nothaushalt und kein Geld mehr zum Ausgeben. Das heißt auch: Sporthallen und -plätze können nicht mehr saniert, geschweige denn neue Anlagen, die einem sich wandelnden Sportbewusstsein Rechnung tragen, gebaut werden. Skateboard-Anlagen mit Röhren und Loopings, Inlineskater-Strecken oder Fitnesshallen bleiben vielerorts ein Wunsch. In der Stadt Oberhausen gibt

es zwar ein großes Aquarium und ein riesiges modernes Einkaufszentrum, aber weil die örtliche Stadtparkasse mit zwei Milliarden Euro die Rettung der West LB mitfinanzieren musste, blieb in den vergangenen zwei Jahren kein Geld übrig für Investitionen in Sportstätten und -veranstaltungen.

Wie sehr die Städte, Gemeinden und Sportvereine, in denen die allermeiste Arbeit ehrenamtlich geleistet wird, von dritten Geldgebern abhängig sind, zeigt auch der Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune“ in Schleswig Holstein. Ohne die Volksbanken-Raiffeisenbanken, die ihn finanziell unterstützen, wäre er nach Auskunft des Pressesprechers des Innenministeriums gar nicht denkbar. Auch das renommierte Internationale Reitturnier in den Holstenhallen Neumünster nicht.

Nur ein ganz geringer Betrag

Dass es auch noch ohne Bank oder andere Sponsoren geht, zeigt das Beispiel Henstedt-Ulzburg, eine der Sieger-Kommunen 2010: Weil die Gemeinde auch bedürftigen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an den Sportangeboten ermöglichen will, übernehmen je zur Hälfte die Gemeinde und der SV Henstedt-Ulzburg die Mitgliedsbeiträge für sie. Auch wenn die Gemeinde sparen muss, dieses Projekt soll nicht gestrichen werden: „Das ist ein sehr geringer Betrag

im Verhältnis zu anderen Ausgabepositionen. Die Förderung der Jugend und des Sports ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Sofern Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden müssen, werden alle Ausgaben auf Dringlichkeit und Notwendigkeit überprüft und gegebenenfalls Prioritäten gesetzt“, sagt Anja Riemer, Fachbereichsleiterin Soziales, Bildung, Jugend und Freizeit in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg.

Sanierungsbedarf in Höhe von 42 Milliarden

Dem Land Brandenburg hat bis 2010 noch das Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“ (GPO) der Bundesregierung geholfen, bedarfsgerechte und attraktive Sportanlagen zu betreiben. Insgesamt verfügt das Bundesland über 4 500 Sportanlagen, 65 Prozent davon sind in kommunaler Hand, 22 Prozent unterhalten gemeinnützige Sportvereine. Weil nach wie vor bei einigen Sportanlagen ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besteht, hatten sich – gefördert durch den GPO – Partnerschaften zwischen Vereinen und Kommunen zur Finanzierung vereinseigener oder gepachteter Sportanlagen bewährt. Aber nun fehlt auch den Brandenburger Kommunen Geld.

„Eine Krise der kommunalen Finanzen ist immer auch eine Krise des Vereins- und Breitensports“, sagt Karin Fehres,

Direktorin für Sportentwicklung beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Laut Fehres besteht bundesweit ein milliardenschwerer Sanierungsbedarf in Höhe von mindestens 42 Milliarden Euro. „Diese Summe ist höher als das Sanierungsvolumen für Trinkwasseranlagen, Verwaltungsgebäude oder Krankenhäuser“, sagt Fehres. Das Konjunkturpaket II der Regierung verschaffe dem Sport und den Sportvereinen insgesamt zwar Spielraum, doch werden die Fragezeichen immer größer, was ab 2011 aus den Investitionen in kommunale Sportstätten werde.

Da helfen auch die neuen monatlichen Zehn-Euro-Gutscheine für die rund 1,7 Millionen Hartz-IV-Kinder nicht, wenn diese sie denn für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein verwenden. Den Vereinen nützen sie nichts, weil mit ihnen nicht einmal ein Bruchteil der benötigten Sanierungsgelder zusammenkommen würde. Und auch den Kindern nützen sie nichts: Eine Vereinsmitgliedschaft ist für zehn Euro zwar zu haben, doch damit ist noch kein Turnschuh und keine Fahrt zu einem Wettkampf bezahlt. Hartz-IV-Kinder gehören schon heute zu den gesundheitlich am meisten gefährdeten Kindern, sie leiden häufiger an Abwehrschwäche, Konzentrationsmangel und Übergewicht. Gerade sie brauchen den Sport und keine Vereine und Kommunen, die am Tropf hängen. www.gerecht-geht-anders.de

Mehr überschuldete Verbraucher SCHULDEN | Erstmals seit drei Jahren ist die Zahl der überschuldeten Verbraucher/innen wieder angestiegen. Knapp 6,5 Millionen überschuldete Volljährige zählte die Düsseldorfer Wirtschaftsauskunftei Creditreform zum Stichtag 1. Oktober 2010, das sind 300 000 mehr als im Vorjahr. Das Unternehmen legt jährlich einen Schuldenatlas vor. Überschuldung liegt vor, wenn Schuldner ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht begleichen können und sie weder Vermögen noch andere Kreditmöglichkeiten haben. Hauptursache für Überschuldung sei Arbeitslosigkeit. www.creditreform.de

Krankenhäuser in Not

GESUNDHEIT | Die Einsparpläne von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, FDP, gefährden nach Ansicht von ver.di die Versorgung in den Krankenhäusern. „Die Kliniken sollen für Röslers Kopfpauschale bluten. Dieser Minister gefährdet unsere Gesundheit“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke. Hintergrund ist die für die Jahre 2011 und 2012 geplante verschärfte Deckelung der Klinikbudgets. Das enge Finanzkorsett diene allein dazu, den Einstieg in Röslers Kopfpauschalen sanfter zu gestalten. Ab dem nächsten Jahr sollen alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen von den Versicherten allein gestemmt werden. Dabei führten die Einschnitte in die so genannte Steigerungsrate bei den Krankenhauskosten zu dramatischen Engpässen: „Es droht der Abbau von bis zu 50 000 Stellen. Damit gerät die Gesundheitsversorgung in akute Gefahr“, warnte Paschke. Neben den patientennahen Bereichen in Kliniken würden wegen des hohen Personalkostenanteils vor allem psychiatrische Einrichtungen in schwere Mitleidschaft gezogen. „Was hier passiert, ist von einer intelligenten Strukturreform so weit entfernt, wie die FDP von den Sorgen und Nöten der Menschen ohne dickes Bankkonto“, sagte Paschke.

Ruck nach Rechts

STUDIE | Weniger als die Hälfte der Deutschen glaubt noch, dass die Demokratie in Deutschland funktioniert

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die politische Einstellung der Bundesbürger weiter nach rechts gerückt. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Umfrage des Leipziger Sozialwissenschaftlers Elmar Brähler, die er seit 2002 regelmäßig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung macht. Danach haben 8,2 Prozent (2008: 7,6 Prozent) der Bundesbürger ein rechts-extremes Weltbild. Brähler identifiziert rechtsextreme Einstellungen durch die Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus im Sinne deutscher Überlegenheit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemi-

tismus, Sozialdarwinismus und durch die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Ein starkes Gewicht bei rechts-extremen Einstellungen hat dabei Ausländerfeindlichkeit.

Generell tendieren eher Männer, darunter eher ältere, zu rechtsextremen Einstellungen. Die Studie kommt zugleich zu dem Ergebnis, dass weniger die eigene wirtschaftliche Lage rechtsextreme Einstellung fördert, sondern eher die Wahrnehmung des Verlustes des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland. Gegenüber 2008 ist 2010

die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform etwas zurückgegangen: von 94,5 auf 93,2 Prozent. Aber: Weniger als die Hälfte der Bundesbürger, nämlich 46,1 Prozent (50 Prozent West, 32 Prozent Ost), meint, dass die Demokratie in Deutschland funktioniert. Mehr als 90 Prozent halten es der Umfrage zufolge für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Und 94 Prozent sagen: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Ein seit Jahren anhaltender Trend zur Wahlenthaltung bestätigt derartige Befunde.

Brähler und seine Ko-Autoren dringen auf ernst gemeinte Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen, gerade in Bildungsinstitutionen. Hinzu kommt: Der Umgang mit Schwächeren ist der Glaubwürdigkeitstest der Demokratie; das betrifft nicht allein die materielle Absicherung für ein menschenwürdiges Dasein, sondern generell den Umgang mit Menschen. *gl*

Die Studie *Die Mitte in der Krise* steht in einer Kurz- sowie in einer Langfassung zum Herunterladen auf der Website www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Nur ein kleineres Loch

STEUERN | Anfang November hat der Arbeitskreis Steuerschätzung seine Prognose verkündet. Er geht davon aus, dass der Staat bis 2012 mit gut 60 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte rechnen kann. Der Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstands weist darauf hin, dass bei dieser Einschätzung nicht von unerwarteten Mehreinnahmen die Rede sein könne. Vielmehr gehe es um Mehreinnahmen in Vergleich zur Prognose vom Mai 2010. Tatsächlich liegen die angenommenen Steuereinnahmen immer noch 35 Milliarden Euro niedriger als 2008, dem Jahr, als die immer noch aktuelle Wirtschaftskrise begonnen hat. Deshalb fordert ver.di eine Einnahmeverbesserung für die öffentlichen Haushalte. Auch Personen mit hohem Einkommen und finanzstarke Unternehmen müssten stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen. www.gerecht-geht-anders.de

ERFORSCHT

■ **Männer**, die heute 60 Jahre alt sind, haben eine verbleibende Lebenserwartung von weiteren 21 Jahren. Frauen in diesem Alter können von einer weiteren Lebenszeit von 24 Jahren und zehn Monaten ausgehen. (QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT, WWW.DESTATIS.DE)

■ **Ostdeutsche Führungskräfte** machen in der bundesdeutschen Wirtschaft nur einen Anteil von neun Prozent aus. Das sind zwei Prozentpunkte weniger als 20 Jahre zuvor. In den neuen Bundesländern besetzen sie 71 Prozent der Führungsjobs. (QUELLE: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WWW.DIW.DE)

■ **Einen Internetanschluss zuhause** haben zurzeit weltweit rund 1,6 Milliarden Menschen. Insgesamt können in den Entwicklungsländern 21 Prozent der Bevölkerung online sein, während in den Industrieländern rund 71 Prozent diese Möglichkeit haben. (QUELLE: INTERNATIONALE FERNMELDEUNION)

Buchtipps

Putze | Knochenarbeit | Es sind die einfachen Arbeitsplätze, die Florence Aubenas und Frank Hertel für ihre Bücher im Selbstversuch ausprobiert haben. Florence Aubenas zieht ins nordfranzösische Caen, um auf Jobsuche zu gehen. Als einzige Qualifikation gibt die Journalistin, die schon aus Krisengebieten wie Ruanda, Kosovo und Afghanistan berichtet hat und im Irak fünf Monate in Geiselhaft war, das Abitur an. Das Arbeitsamt schickt sie zu sinnlosen Jobmessen und Qualifizierungen. Erst nach einigen Wochen findet sie einen Job: Putzen auf einer Fähre.

Unter enormen Zeitdruck hetzt hier eine Reinigungskolonie über das Schiff, zu unmöglichen Zeiten, schlecht bezahlt, schlecht behandelt. Da dieser Job allein nicht zum Leben reicht, sucht Aubenas nach weiteren Putz-Aufträgen. Egal ob Campingplatz, Büro oder Privathaushalt, die Bedingungen bleiben gleich. Wahrgenommen wird sie höchstens von Vorgesetzten, die ihre Untergebenen schikanieren. Beim Reinigen fühlt sie sich als „Verlängerung des Staubsaugers“, als sie erlebt, wie sich ein Paar dem Feierabend-Sex hingibt, obwohl Aubenas gerade das Büro sauber macht.

Zusammenhalt erlebt sie nur mit Kolleginnen. Frauen, die auch von ihren Erfahrungen erzählen, die sie mit der Gewerkschaft gemacht haben. Männlich dominiert, industriell geprägt – da war die Bereitschaft, sich für diese Frauen einzusetzen, nicht gerade stark ausgeprägt.



FLORENCE AUBENAS: *PUTZE. MEIN LEBEN IM DRECK*, ÜBERSETZT VON GABY WURSTER, PENDO, MÜNCHEN, 251 SEITEN, 14,95 €, ISBN 978-3866122826
FRANK HERTEL: *KNOCHENARBEIT. EIN FRONTBERICHT AUS DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT*, CARL HANSER VERLAG, MÜNCHEN, 208 SEITEN, 14,90 €, ISBN 978-3446235793

Grundrechte-Report 2010 | Auch im 41. Jahr des Grundgesetzes zeigt die Verfassungswirklichkeit etliche Kratzer, die der Grundrechte-Report 2010 auflistet. Herausgegeben wird er von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen. Die Bandbreite der Verstöße reicht von Diskriminierungen über illegale Datensammlungen, Missachtung von Schutzrechten, Überwachungen bis zu Rechtsverweigerungen.

Ein Beispiel sind Datenschutzbeschränkungen durch das SWIFT-Abkommen über den internationalen Zahlungsverkehr, das amerikanischen Behörden den Zugriff auf den privaten europäischen Zahlungsverkehr ermöglicht. Viele Beiträge offenbaren die Einstellung staatlicher Institutionen, den Bürger, der verfassungsmäßige Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit in Anspruch nimmt, als Sicherheitsrisiko zu betrachten. Der Journalist Uli Röhm attackiert die parteipolitische Machtdemonstration von Roland Koch (CDU), die zum Ausbooten des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brenner geführt hat. Zur Beeinträchtigung von Grundrechten zählt nicht zuletzt das Wirken von Scheingewerkschaften. Den Autor/innen geht es nicht allein um das Anprangern von Zuständen, sondern vielmehr soll der Report Bürger/innen anspornen, durch aktives politisches Engagement gegen Missstände die Grundrechte zu schützen. *gl*



GRUNDRECHTE-REPORT 2010, ZUR LAGE DER BÜRGER- UND MENSCHENRECHTE IN DEUTSCHLAND, FISCHER TASCHENBUCH VERLAG, FRANKFURT/M, 280 SEITEN, 9,95 €, ISBN 978-3596186785